

Die Zivilgesellschaften schrumpfender Städte

Weiske, Christine

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Weiske, C. (2006). Die Zivilgesellschaften schrumpfender Städte. *Sozialwissenschaften und Berufspraxis*, 29(2), 249-260. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-38737>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Zivilgesellschaften schrumpfender Städte

Christine Weiske

1 Einleitung

Die irritierenden Erfahrungen mit den schrumpfenden Städten und Regionen verbinden sich zuerst mit dem Anblick verlassener leerstehender Häuser. Von diesen sinnlichen Eindrücken, über die viele aus eigener Anschauung oder aus der Vermittlung über die Medien verfügen, geht der sensualistische Einstieg ins Thema Schrumpfung aus. Sie waren auch der Anlass der politischen Thematisierung von Schrumpfung und demographischem Wandel durch die „Leerstandskommission“.¹ Diese befasste sich vornehmlich mit den wohnungswirtschaftlichen Bedeutungen schrumpfender Städte und Regionen und wurde zu einer ersten und maßgeblichen Interpretin der komplexen Phänomene schrumpfender Gesellschaften. Vorausgehend verwiesen die routinemäßig verfügbaren Bestandsaufnahmen der Bevölkerungs- und Raumbesichtigungen² seit Jahren auf diese Entwicklungen (Weiske/Schmitt 2000), dennoch traten sie plötzlich und mit einem dramatisierten Neuigkeitswert in das öffentliche Bewusstsein und wurden seither zum viel beachteten Thema. Demographiegipfel, Enquete-Kommissionen, Fachtagungen, wissenschaftliche Berichterstattungen und Veröffentlichungen sowie verschiedenste journalistische Arbeiten befassen sich seit Beginn der Dekade mit Schrumpfung. Was anfangs wie ein Problem Ostdeutschlands in der Transformation erschien, das vor allem mit der Abwanderung der jungen und gut ausgebildeten Menschen hin zu den aufnahmefähigen Arbeitsmärkten entstand, muss inzwischen als ein Problem moderner Industriegesellschaften³ verstanden werden. Die tendenzielle Alterung, die gravierenden Verschiebungen der Generationenbeziehungen, der Rückgang der absoluten Zahl der Einwohner, das Auflassen von Häusern, die Leerbestände in Stadtvierteln und die Verwaisung von Gegenden sind hierfür charakteristische Züge. Im Kontrast zu schrumpfenden Regionen entwickeln sich die Metropolregionen. Attraktive Städte kreieren sich als Inseln des Wachstums in einem schrumpfenden Umfeld, wie etwa

- 1 Die Kommission wurde vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen einberufen. Sie bestand aus Repräsentanten der Wohnungswirtschaft, der Wirtschaftswissenschaften, der Stadtplanung, einiger Banken und der Mieterschaft. Ihr Abschlussbericht „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern“ wurde im November 2000 vorgelegt. (http://www.bmvbw.de/Anlage/original_1723/Bericht-der-Kommission.pdf. Stand: 28.08.2006.)
- 2 In Deutschland ist das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung verpflichtet, der Bundesregierung regelmäßig den Raumordnungsbericht mit den Daten der amtlichen Raumbesichtigung vorzulegen. Alle Berichte seit der deutschen Wiedervereinigung stellen die relevanten Informationen zur Verfügung.
- 3 Diese komparatistische Perspektive nimmt das Forschungs- und Ausstellungsprojekt zu den Shrinking Cities (www.shrinkingcities.com) auf, indem schrumpfende Städte in der Welt analysiert werden. Der Vergleich verweist auf altindustrielle Städte und Regionen, die im Kontext der globalen Wirtschaftsentwicklungen ihre Bedeutung als Standort verloren haben und verlassen werden.

Dresden und Leipzig in Sachsen. Zunehmende räumliche Disparitäten zwischen selbst sehr nahen Teilräumen prägen sich aus. Auf der innerstädtischen Maßstabsebene betreffen sie die Stadtteile, die sich als konsolidierte oder schrumpfende deutlich unterscheiden.

Neben den stadtplanerischen oder wohnungswirtschaftlichen Perspektiven, die sich vornehmlich an Strukturen orientieren, erschließt sich eine dezidiert soziologische Thematisierung der Phänomene von Schrumpfung ihren Zugang zum handelnden Subjekt – zum Mitmenschen, der die Entscheidungen über den Ort seiner Existenz trifft. Die Soziologie rekurriert auf Entscheidungs- und Handlungstheorien. Die Entscheidungsfähigkeit ist ein Ausdruck individueller Freiheiten, über die Bürger demokratischer Gesellschaften verfügen können. Der politische Kontext des Alltags tritt als Rahmung hinzu. Der methodisch subjektorientierte Zugang führt so zur formalen und mentalen Verfassung lokaler Gesellschaften. Sie kann graduell zwischen dynamisch und mobil bzw. immobil und statisch liegen. Gerade zwischen mobilen und immobilen Gesellschaften nehmen die sozialen Unterschiede zu, wie die Milieuforschungen belegen können (Matthiessen 2004). Die Frage nach dem Zustand der zivilen Gesellschaften in schrumpfenden Städten stellt sich mit der Annahme, dass die globale Moderne (auch) Differenzen schafft, die sich als räumliche Disparitäten ausprägen. Sie geht von der Vermutung hybrider Entwicklungen lokaler Kulturen aus, als die die räumlichen Disparitäten verstanden werden können. (Schwinn 2006)

Dieser Beitrag wird die *soziologische Perspektive* auf die Phänomene des Schrumpfens verfolgen und dabei auf die Verfassung und Mentalität lokaler Zivilgesellschaften eingehen. Dafür wird ein kurzer Rekurs auf die Theoriegeschichte der Zivilgesellschaft genommen. Dabei verbindet sich das Interesse für Antonio Gramsci mit seiner dezidiert nicht-normativen Auffassung von der Zivilgesellschaft, über die eine Verbindung zur Soziologie des Alltags gelegt ist. Schrumpfende Zivilgesellschaften werden vor allem in dem Sinne als unvollständig aufgefasst, dass soziale Positionen unbesetzt sind, mithin Lücken in der sozialen Struktur entstehen. Die Ressourcen und Potenziale dieser lokalen Gesellschaften liegen in ihren je unterschiedlichen Möglichkeiten, das Engagement ihrer Mitglieder zu aktivieren, zu sammeln und zu organisieren, neue Mitglieder aufzunehmen und einen zivilen Alltag zu organisieren. Anhand zweier Beispiele wird dies erläutert. In diesen Kompetenzen unterscheiden sie sich, so dass die Attraktivität der einen das Mismatch der anderen bedeutet wie auch umgekehrt.

2 ‚Schrumpfung‘ soziologisch

Die komparatistischen Perspektiven mit ihren historiographischen Überblicken über längere Zeiträume zeigen, dass die Prozesse von Schrumpfen und Wachsen der Siedlungssysteme, die Verlagerungen von Bedeutungen der Orte, von Zentralität oder Abgelegenheit geläufig sind. Es gab versunkene Städte, verlassene Städte und Dörfer, Neugründungen, Zerstörungen, Erweiterungen, Metropolisierungen, Peripherisierungen usw. (Benke 2005). Jedes Stadtmuseum bewahrt die Wechselfälle der Ereignisse, aus denen sich die Geschichte der Stadt fügt, für das Gedächtnis der Städterinnen und Städter auf. Der globale Raum der menschlichen Zivilisation verändert sich, nimmt Territorien ein und gibt sie auf. Urbanisierung, Suburbanisierung, Re-Urbanisierung, De-Urbanisierung und De-Population sind einige der Prozesse räumlicher Entwicklungen, die von verschiedenen Beobachtungspositionen aus registriert und kommentiert werden können. Das Siedlungssystem erweist sich im

Vergleich zu anderen historischen Phänomenen in langer Sicht als relativ beharrlich – insofern ist es persistent, darum jedoch weder starr noch unbeweglich. Handlungstheoretisch lässt sich der kontingente Mix von Dynamik und Persistenz als die Gunst der Lage, als Eignung für die Alltagsorganisation verstehen. Mit der Eignung wird die je eigene Logik des Ortes als „place identity“ kreiert (Weichhart et al. 2006). Sie erhält sich in langzeitlichen Dimensionen, die über die Biographien aktueller Einzelner hinausgreifen, sie jedoch durch das materielle und kulturelle Erbe in Generationenfolgen mit einem konkreten Ort verbinden.

Der disziplinäre *Beitrag der Soziologie* bei der Analyse der räumlichen Konfigurationen der Zivilisation besteht in ihrer *handlungstheoretischen und wissenssoziologischen Analyse*. Das Siedlungssystem in seinen strukturellen Zusammenhängen wird aus den *Standortentscheidungen* begriffen, die lebendige Menschen als Zeitgenossen treffen, indem sie ihren Lebensalltag organisieren. Der Rekurs auf die Sinnzusammenhänge von Entscheidungen bietet einen Zugang zur Dynamik der räumlichen Entwicklungen. Für die Akteure sind gerade die handlungsleitenden Zusammenhänge sinnvoll, die zwischen ihren Chancen (als Bedingungen und Voraussetzungen) und ihren Bedürfnissen, Wünschen und Zielen vermitteln können. Individuelle Akteure und noch vielmehr kollektive Akteure wie z.B. Familien, Gebietskörperschaften, Nachbarschaften, lokale Gesellschaften etc. konstruieren sinnvolle räumliche Zusammenhänge als ihre zivilgesellschaftlichen Organisationen samt ihrer Potenziale. Diese weisen über die private Existenz des Einzelnen hinaus und sind dabei nicht per se identisch mit den Institutionen des Staates.

Die handlungstheoretische Analyse von Standortentscheidungen führt auf die aktuellen Befunde der Makrotrends moderner Gesellschaften in der Epoche der Globalisierung zu: *Individualisierung und Migration*. Schrumpfung erweist sich als deren andere Seite, mit der sie ambivalent verbunden ist. Schrumpfende Städte und Regionen werden als Standorte des Lebens (Lebensorte) tendenziell seltener ausgewählt, weil sie den Wählenden als ungeeigneter und somit als weniger sinnvoll gelten. Die ‚vita activa‘ (Arendt 1997), die Dynamik des Lebens, die sich aus verschiedensten Energien speist, kommt diesen Orten abhanden: zuerst sind das die Weggehenden. „Müde Gemeinschaften“ (Jahoda et al. 1975, S. 55 f.) bleiben zurück. Die Mobilen als Wählende verfügen über etliche Chancen auf Bewegung und Beweglichkeit, beginnend bei der Beweglichkeit in den Köpfen: *psychische Mobilität*, mit der sie über Imaginationen und Vorstellungen verfügen, die zu Zielen des Handelns formuliert werden können. Ihre *soziale Mobilität* verweist auf ihre (Aufstiegs-) Chancen, wünschenswerte Positionen in der sozialen Struktur einer ausgewählten Gesellschaft einnehmen zu können. Zumeist geht soziale Mobilität mit guten Ausbildungen, umfassenden Kompetenzen und relevanten sozialen Kontakten einher. Und weiterhin verfügen sie über die Wahl ihres Lebensortes, sie nehmen teil an der *territorialen Mobilität*, der Zu- bzw. Abwanderung. Die Abwahl von Orten, die sich in den Negativsalden der Wanderungsstatistiken manifestiert, indiziert Schrumpfung (neben der Entwicklung der Fertilität, die hier unbesprochen bleibt).

Die Attraktivität eines sehnsüchtig imaginierten Ortes geht für einen mobilen Menschen von einem wünschenswerteren, anderen Leben aus. Die Images attraktiver Orte offerieren ein Versprechen, das individuell – im Rahmen einer konkreten Biographie – einlösbar erscheint. Im Kontext von Individualisierung und Migration ist die Freizügigkeit der Einzelnen eine der Bedingungen der Moderne. Die Attraktivität der wünschenswerten Orte markiert deutlich einige Städte und Regionen vor anderen – Europa vor Afrika, Süd-

deutschland vor Norddeutschland, München und Hamburg vor Duisburg und Leipzig. Attraktive Lebensorte verstärken ihre Attraktivität synergetisch. Für das Schwinden der Attraktivität gilt Ähnliches, das als Abwärtsspirale geläufig ist. Mit der Umverteilung von Bedeutungen als symbolische Auf- und Abwertung wird das Siedlungssystem im Prozess der Schrumpfung schnell disparater.

3 Zivilgesellschaftliche Potenziale

„Zivilgesellschaft“ ist ein Modebegriff geworden (Beyme 2000, S. 41 ff., Kocka 2000, S. 13, Wollmann 2002, Vogt 2005). Dessen Ideengeschichte wird entweder auf das politische Verständnis der Polis bei Aristoteles (Arendt 1967) zurückgeführt oder als ein emanzipatorisches Konzept der europäischen Aufklärung (Kocka 2000, S. 26) erkannt. Die derzeitige Konjunktur jedoch und deren Startpunkt sind erklärungsbedürftig. Den Mobilisierungseffekt stellt Klaus von Beyme in einen Zusammenhang mit der Erosion der Machtblöcke des Ostens und des Westens sowie dem Fall des Eisernen Vorhangs. Die Attraktivität der Idee entsteht somit mit dem Ende einer Phase der Balance der Macht und verbindet eine Phase der neuerlichen Balancierung „mit den Visionen neuer sozialer Bewegungen“, die „ein konsensfähiges normatives Konzept“ (Beyme 2000, S. 42) vertreten. Dieses Konzept scheint an die politischen Erfahrungen der mobilisierten Akteure im alten Osten wie im alten Westen anschlussfähig. Die verfügbaren Erfahrungen mit der Erosion der Macht und die Möglichkeiten der Re-Generierung von Macht befördern die Thematisierung der „Zivilgesellschaft“ zum aktuellen Zeitpunkt. Macht wird in diesem Zusammenhang verstanden als das Vermögen unterschiedlicher Akteure zur Gestaltung ihres Lebens. Als konstitutiv wird die Normativität des Konzeptes der Zivilgesellschaft bewertet, sobald es sich auf eine Stilisierung der Bürgertugenden und der bürgerlichen Gesellschaft stützt, die sich gegenüber den Institutionen des Staates konfrontiert. Für die Bürgerbewegungen in den vormals sozialistischen Staaten war dies eine unverzichtbare Begründung ihres Dissenses.

In den national organisierten Kontexten der Theoriebildungen wird die politische Idee der Zivilgesellschaft unterschiedlich ausgearbeitet und adaptiert. Die theoretischen Divergenzen entstehen mit den verschiedenen (Real-)Geschichten der Nationalstaaten und ihrer Institutionen. Ideengeschichtlich sind sie als Republikanismus, Liberalismus und Kommunitarismus (Vogt 2005) nachzuvollziehen. Jürgen Kocka betont in seiner komparatistischen Perspektive die methodologische Leistungsfähigkeit des Begriffes der Zivilgesellschaft, weil er als „Fluchtpunkt“ und als Referenz der verschiedenen Ideen- und Realgeschichten in Europa fungieren und zu einer universalen Geschichte Europas beitragen kann.

In diesem Sinne sind es drei thematische Felder, auf denen die Limitierung oder Begrenzung des Phänomens Zivilgesellschaft definitorisch erreicht werden kann (Kocka 2000, S. 21 ff.): Erstens ist es die Beziehung der Zivilgesellschaft zur Ökonomie der Gesellschaft: „Die Zivilgesellschaft geht in Marktgesellschaft nicht auf.“ Gleichwohl gibt es eine Affinität zwischen beiden. Weiterhin wird das Verhältnis zum Staat für den Begriff und den Bestand der Zivilgesellschaften als konstitutiv angesehen und schließlich ist es die Grenzziehung zwischen der Öffentlichkeit in der Zivilgesellschaft und der privaten Sphäre ihrer Mitglieder.

Dabei folgt diese Strategie des Definierens weniger klassifikatorischen Absichten, die extensional auf eine *Feststellung* von Merkmalen gerichtet sind, sondern sie betont intentional und reflexiv die *Balance der konstituierenden Beziehungen* zueinander. Die Balance, die zum ‚klassischen‘ als dem ‚gereiften‘ oder optimalen Fall gereicht, verweist auf die Kontingenz des Phänomens Zivilgesellschaft, die darum einer systematischen Analyse und Typologisierung nicht verschlossen bleiben muss. Ein reflexives methodisches Verständnis ermöglicht es, die Zivilgesellschaft als balanciertes Arrangement zu definieren.

3.1 Das Arrangement zwischen dem Staat und der Zivilgesellschaft

Die Idee des Arrangements skizzierte bereits in den Vierzigerjahren des 20. Jahrhunderts Antonio Gramsci. In seinen Überlegungen zur zivilen Gesellschaft bezieht er sich gerade nicht auf ein normatives Programm, nicht auf eine Eschatologie. Seine fragmentarischen Texte zur Zivilgesellschaft behandeln die Verflechtungen von Alltag, Ökonomie und Politik. Mit diesen kulturwissenschaftlichen Ambitionen ist er m. E. schlüssig in die Entstehungszusammenhänge einer Soziologie des Alltags aufzunehmen. Sein analytisches Interesse gilt der Macht der „privaten Kräfte“ (Kebir 1991, S. 99), wie sie in der Zivilgesellschaft agieren. Dafür geht er analytisch vom Primat des Ökonomischen gegenüber dem Politischen aus. Sein methodologisches Interesse bleibt unberührt von normativen Ansprüchen an die „gute“ Zivilgesellschaft. Diese Position resultiert aus seiner politischen und biographischen Erfahrung der Akzeptanz der politischen Mehrheiten im Lande gegenüber dem Faschismus in Italien. Diese Akzeptanz entstand gerade in der Zivilgesellschaft. Die Akzeptanz auch des vermeintlich Unwünschbaren versteht er als eine Einbettung des Faschismus in die Alltagswelt, als ein Arrangement zwischen den privaten Kräften des alltäglichen Lebens und einer politischen Idee und Programmatik. Die Alltagswelt sei „vopolitisch“. „Vor“ heißt, den Institutionen des Staates als dessen vopolitisches Terrain vorgeordnet zu sein. Auch in Gramscis Konzept der Zivilgesellschaft geht es um Balance, die Balance von Markt, Staat und Alltagswelt: „Zwischen der ökonomischen Basis und dem Staat mit seiner Gesetzgebung und seinem Zwangsapparat steht die ‚Zivilgesellschaft‘.“ (Gramsci, zitiert nach Kebir 1991, S. 55)⁴

Gramsci macht also einen analytischen Unterschied zwischen der politischen und der zivilen Gesellschaft. Die zivile Gesellschaft generiert die Optionen, über die die politische Gesellschaft verfügen kann. Auch die neuere kommunalpolitische Diskussion zum „Doppelcharakter“ der Bürgergemeinde rekurriert auf die analytische Differenz zwischen „politischer Kommune“ einerseits und „zivilgesellschaftlicher Gemeinde“ (Wollmann 2002, S. 23) andererseits. Die Praxis des Alltags in seiner Kontingenz fundiert und generiert die Gesellschaft Tag für Tag von unten (Wehrich/Voß 2002) und stellt sie so auf Dauer, schafft Gewissheiten und gestaltet Risiken. Welche der offenen Pfade der Entwicklung aus ihrer Kontingenz heraus eine (lokale) Gesellschaft in praxi nimmt, verfügt ein gemeinsamer Willensbildungsprozess; dominante Gruppen werden ihn lancieren, wenn auch nicht auf Dauer oktroyieren. Akzeptanz und Dissens sind wichtige Modi der Vermittlung zwischen der vopolitischen und der politischen Verfassung einer Gesellschaft. ‚Akzeptanz‘

4 Sabine Kebir bezieht in ihre Darstellung auch Veröffentlichungen Gramscis in italienischer Sprache ein, die in deutscher Sprache bislang nicht vorliegen.

formuliert in einer soziologischen Terminologie, was in den politischen Theorien der ‚governance‘ mit der Dimension ‚bottom up‘ bezeichnet wird, um die Balance zwischen formellen und informellen Strukturen der Politik zu erfassen. Abstimmung und Zustimmung, d.h. Konsens und Akzeptanz sind gerade die Entscheidungen individualisierter Teilnehmer oder Partner für Anschlüsse an Politiken und für Fortsetzungen von Politiken im Kontrast zu Verweigerungen und Abbrüchen. Die öffentliche Meinung ist in der Lage, Akzeptanz bzw. Dissens der zivilen Gesellschaft in ihrer politischen Sphäre auszudrücken. In der Öffentlichkeit werden Entscheidungen generiert. Darum verortet Antonio Gramsci sie an der „Nahtstelle“ zwischen den Sphären der Zivilgesellschaft und der politischen Gesellschaft. Die Intellektuellen in ihren verschiedenen Professionen und Positionen spielen für ihn die Rolle von Vermittlern, die in an den Grenzen zwischen dem privaten Leben und der Sphäre der Öffentlichkeit arbeiten, um Balance zu ermöglichen und die Gesellschaft im Ganzen zusammenzuhalten.

3.2 Die Wirtschaft der Zivilgesellschaft

Die Wirtschaft der zivilen Gesellschaft ist nicht identisch mit der Marktwirtschaft, jedoch mit ihr verflochten. Viele Autoren verweisen hier auf den Non-Profit-Bereich der Wirtschaft, auf die Organisationen der Selbsthilfe, auf den Dritten Sektor (Wex 2004, S. 31 ff.), um die These zu operationalisieren, die bereits eingeführt ist: „Die Zivilgesellschaft geht in Marktgesellschaft nicht auf“.

Die strikt handlungstheoretische Orientierung der Soziologie verweist auf empirisch auffindbare Akteure, die sich in ihrem Alltag sozial gebunden haben. Sie berücksichtigen in ihren Entscheidungen und Handlungen jeweils andere Mitglieder ihrer Gemeinschaften (Nachbarschaften, Verwandtschaften, Freundschaften, Wohngemeinschaften etc.). Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung sind soziale Prozesse der Reflexivität, die kollektive Entscheidungen hervorbringen. Die Menschen existieren in Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaften, weshalb René König (1958) diese als soziale Primärphänomene, als universale Grundformen der Gesellschaft bezeichnet hat: die Gemeinde und die Familie. Die Terminologie der fünfziger Jahre erscheint im heutigen Sprachverständnis eventuell antiquiert und politisch obsolet. Die demographische Dimension der problematischen Entwicklungen schrumpfender Gesellschaften provoziert jedoch eine Auseinandersetzung mit der „Natur der Gesellschaft“, bei der auch die Vorleistungen der Kulturanthropologie weiterführend sein können. König vertritt methodisch die Position des ethnologischen Beobachters, der ohne vorbestimmte Urteile auf unterschiedliche Kulturen schaut, sie vergleicht. Komparatistisch gesehen ist die Gemeinde eine Gruppe von Menschen, die ihr Leben gemeinsam innerhalb zurechenbarer räumlicher Grenzen organisiert. Daher ist sie synonym auch als lokale Gesellschaft zu verstehen. Der Haushalt ist die Wirtschaftsweise sowohl der Gemeinden wie der Familien. Das Haushalten kann als das „vernünftige Handeln“ aufgefasst werden, das auf die „Verwirklichung von Lebensstandards“ für die (Haushalts-)Mitglieder gerichtet ist (Glatzer 1994, S. 218). Das Wirtschaften der Gemeinde und der privaten Haushalte ist durch die Leistungen der Daseinsvorsorge aufeinander bezogen, die von der Gemeinde hergestellt und durch die Zahlungen von Steuern, Gebühren, Preisen etc. ermöglicht werden, die die Gemeinde von ihren Mitgliedern einnimmt. Mit ihrer Logik der Haushaltsführung beziehen sich die entscheidungskompetenten Akteure auf die Gemeinde als ihre relevante sozial-räumliche Einheit. Reiche/arme Kommunen zeichnen sich durch

ein breites/schmales Angebot von Leistungen der Daseinsvorsorge zu niedrigen/hohen Preisen aus. Das Wirtschaften der Gemeinde ist zum Teil marktwirtschaftlich und zum anderen Teil bedarfswirtschaftlich orientiert. Das Mischungsverhältnis unterscheidet sich von Fall zu Fall, wobei das marktorientierte Wirtschaften in Mode gekommen ist.

Die Ökonomie der Zivilgesellschaft bezieht die informelle Wirtschaft als Hauswirtschaft, als Subsistenzwirtschaft, Schatten- und Tauschwirtschaft, als Selbsthilfe, als Freiwilligenarbeit, als Ehrenamt etc. mit ein. Es ist eine „Ökonomie der Betroffenen und Mitwirkenden“, die „erweiterte(n) Stakeholder-Prozesse(n)“ integriert (Biesecker et al. 1998). Ökonomische Analysen, die sich vornehmlich auf die Produktion für den Markt konzentrieren und Ware-Geld-Beziehungen als Zugänge zur Konsumtion analysieren, sind kaum in der Lage, die Ökonomie der zivilen Gesellschaft zu erfassen: Sie werden sie eher als marktzerstörend charakterisieren.

Die mehr als hundertjährige Geschichte der Genossenschaften in Deutschland zeigt, wie zivilgesellschaftliches Wirtschaften organisiert werden kann. Genossenschaften beruhen auf einer gelungenen Kombination von bedarfs- und marktwirtschaftlichen Beziehungen. Mit der Einführung und Geltung des Genossenschaftsgesetzes seit 1889 ist den Sozialreformern die Etablierung eines „Zwitters“ im Wirtschaftsleben gelungen und ein kontingentes Organisationsmodell etabliert worden. Die Ambivalenz zwischen Bedarfs- und Marktorientierung macht dessen Chance und dessen Risiko aus (Pleister 2001). Genossenschaften managen oder balancieren den permanenten Anpassungsdruck an die Marktwirtschaft. Die Organisationsgeschichten der einzelnen Genossenschaften, die z.B. als Baugenossenschaften seit langem Akteure in der Stadt sind, können sich erheblich unterscheiden. Sie reichen von der Prosperität und Vitalität der Organisationen bis zu ihrem sozialen Zerfall und wirtschaftlichen Ruin in ein und derselben Stadt und auf demselben lokalen Wohnungsmarkt (Kassner/Weiske 2004). Ihre Unterschiede verweisen auf das Arrangement der Balance, das zu einer ‚guten‘ Geschichte oder einem ‚schlechten‘ Ende führen kann.

Als vorläufiges Zwischenfazit ist festzuhalten, dass die zivile Gesellschaft von den sozialen Grundformen menschlichen Zusammenlebens, von den privaten Haushalten und der Gemeinde, bestimmt wird. Die zivilgesellschaftliche Wirtschaftsweise des Haushaltes unterstützt die Reproduktion der Gesellschaft von unten und ist in modernen Gesellschaften von der Balance zwischen bedarfs- und marktwirtschaftlichen Logiken bestimmt. Zivilgesellschaftliche Potenziale werden in den Organisationen des Alltagslebens hergestellt und können in den Praxen des Alltagslebens konsumiert werden.

Kontingenz und Reflexivität, Singularität, Balance und Pfadabhängigkeit sind die analytischen Begriffe, die geeignet sind, zivilgesellschaftliche Potenziale zu erfassen und als balancierte Arrangements zu verstehen.

4 Schrumpfende Zivilgesellschaften?

Zivilgesellschaftliche Potenziale sind ein ‚nachwachsender Rohstoff‘ der ubiquitären Gemeinden. Die sozialen Energien, um das zivile Leben zu organisieren, werden von Gruppen gebildet, die Gestaltungsmacht generieren, indem sie gemeinsam etwas regeln und verantworten. Dieses vitalistische Argument wird von Hannah Arendt und René König geführt und dabei in anthropologische wie existenzialistische Begründungszusammenhänge gestellt. In schrumpfenden Städten und Regionen wird der Import von Potenzialen ten-

denziell unwahrscheinlicher, wohingegen die endogenen Potenziale an Bedeutung gewinnen.

Die beiden folgenden unspektakulären Beispiele können als Beleg für die Argumente des sozialen Vitalismus verstanden werden. Das erste Beispiel skizziert das Quartiersmanagement im Kontext des Bund-Länder-Programms „Die soziale Stadt“. Die Aufgaben der Quartiersmanager bestehen darin, die zivilgesellschaftlichen Potenziale von „Interaktionsgemeinden“ (Schmitt 2004) zu organisieren. Das kann gelingen, wenn die importierten Ressourcen, die Fördermittel, nicht nur für städtebauliche Aufwertungen verwendet werden, sondern für die Unterstützung von Interaktionen in der lokalen Gesellschaft. Das kann gelingen, wenn die Förderung gerade nicht zur Alimentierung der Klientel verwendet wird und somit zur Verlängerung der Abhängigkeit beiträgt. Erfolge im Sinne eines „Empowerments“ entstehen, wo die Alltagsorganisationen der zivilen Akteure gestärkt werden und sie somit mehr Chancen und mehr Selbstständigkeit für sich herstellen können. Spezielle Bildungsaktivitäten wie Fremdsprachenkurse für In- und Ausländer, Hausaufgabenhilfen, Computerkurse, Beratungen tragen dazu bei. Bedarfswirtschaftliche Aktivitäten, zum Beispiel Tauschbörsen, Werkzeug- und Geräteverleih, Standortsicherungen der lokalen Ökonomien etc., stärken die zivile Ökonomie.

In all diesen Fällen geht es um die Effizienz einer Ökonomie der Zivilgesellschaft. In dem Maße, wie die global organisierte Marktwirtschaft die „Überflüssigen“ entlässt, müssen die Haus- und Gemeinwirtschaften der Zivilgesellschaft andere Möglichkeiten der Organisation des Lebens finden. Die Parallelen zu den Problemen der Entwicklungsländer, in denen es um Subsistenzwirtschaften im Schatten – aber auch im Windschatten – der kapitalistischen Weltwirtschaft geht, liegen nahe. Die Eigenständigkeit und Definitionsmacht der lokalen Zivilgesellschaften muss stärker werden, um für ihre Mitglieder erreichbare soziale Positionen zu gerieren, aus denen Wertschätzung zu erfahren ist. Denn wenn der „Wanderzirkus“ der industriellen Produktion weiterzieht, ist die psychische Prekarität der Zurückbleibenden größer als die ökonomische. Deshalb müssen die Maßstäbe für Wertschätzung hinlänglich unabhängig von der Marktwirtschaft und ihrem Zahlungsmittel Geld bei der Zivilgesellschaft selbst liegen. Dieser Entwicklung kann das Quartiersmanagement Vorschub leisten. Unter den Voraussetzungen der Förderung durch den Staat wird es auftragsgemäß zwischen der Zivilgesellschaft und dem Staat vermitteln und über diese Grenzen hinweg agieren. Ob es dabei eher der Logik staatlicher und kommunaler Institutionen von Politik und Verwaltung oder der Logik der lokalen Zivilgesellschaft folgt, liegt wiederum in der Balance des singulären Arrangements, liegt im Einzelfall.

Ein weiteres Beispiel bezieht sich auf zivilgesellschaftliche Unternehmen, auf sächsische Wassergenossenschaften. In schrumpfenden Städten und Regionen wird das Problem des Umbaus der Infrastrukturen immer drängender. Tendenziell weniger Nutzer lassen die Kosten für die Leistungen exponentiell ansteigen. Dabei ist die Wasserversorgung nur ein Thema neben der Entsorgung, der Energie und der Mobilität.

Es gibt in Sachsen einige (weniger als 10) eingetragene Genossenschaften mit einer einhundertjährigen Organisationsgeschichte⁵. Sie wurden gegründet, um die Wasserversorgung von Gemeinden zu sichern. Die Mitglieder sind Eigentümer und Nutzer in Personalunion. Und diese Personalunion kreierte ihre Wirtschaftslogik der Bedarfswirtschaft und

5 Die Informationen resultieren aus meinen Gesprächen mit Vorständen und/oder Aufsichtsräten von vier Genossenschaften.

des Nonprofits. Die Sanierungen ihrer Netze und baulichen Anlagen wurden bereits ein- oder zweimal in der Organisationsgeschichte bewerkstelligt, letztmalig nach der Wiedervereinigung unter den aktuell geltenden Rechts- und Wirtschaftsbedingungen. Gemeinnützige Arbeit (Gräben ziehen, Rohre verlegen, Materialeinkauf und -transport etc.) senkte die Kosten. Die ökonomische Situation dieser Genossenschaften kann als gesichert gelten. In einigen Gemeinden entstehen um die Anlässe der Wasserversorgung herum auch soziale Kontakte und Beziehungen, in anderen Dörfern fällt diese Rolle der Freiwilligen Feuerwehr oder dem Karnevalsverein zu. Die kompetenten Personen zur ehrenamtlichen Leitung der Genossenschaften haben sich in der Geschichte der Organisation immer wieder gefunden bzw. sie wurden und werden von den Funktionsträgern für ihre Nachfolge „herangezogen“, wie es in einem Interview heißt. Die Sorge um die Nachfolge setzt Traditionsbildung und gesellschaftliches Lernen in Gang. Unter den Funktionsträgern sind Ältere und Jüngere, Frauen und Männer, deren Berufsstatus sehr unterschiedlich ist (z.B. Landwirt, Sparkassenangestellte, Bürokauffrau, Geschäftsführer). Das Engagement wird in dem Maße, wie das Genossenschaftsrecht die Partizipation der Mitglieder regelt, breit geteilt. Mitunter sind die Genossenschaften in die Familiengeschichten und familialen Hauswirtschaften seit drei Generationen einbezogen. Derzeit sind bereits die Enkel der Genossenschaftsgründer unternehmerisch befasst. Die Außenbeziehungen der Genossenschaften zu den staatlichen Aufsichtsbehörden (Gesundheitsamt, Umweltamt) wie auch zum Genossenschaftsverband können fallbezogen förderlich gestaltet werden. Die „Ökonomie der Betroffenen und Mitwirkenden“ funktioniert in diesen Fällen einvernehmlich in der vom Genossenschaftsgesetz intendierten Weise.

Ein Charakteristikum dieser zivilgesellschaftlichen Akteure, die über Potenziale, Eigentum und einen Betrieb verfügen, ist herauszustellen: Es geht um ländliche Gemeinden (eine wurde inzwischen eingemeindet und somit städtisch). Die Räume dieser Akteure waren bereits vor 100 Jahren außerhalb des Interesses der großen Infrastrukturbetreiber wie Exklaven im bereits besprochenen Windschatten gelegen. Die natürliche Gunst der Quellen und die zivilgesellschaftliche Organisation der Versorgung mit Wasser ermöglichen bis in die Gegenwart wichtige Ressourcen zur Bewältigung des Lebensalltags. Die langen und erfolgreichen Organisationsgeschichten der Genossenschaften verweisen somit auf die Potenziale einer zivilgesellschaftlich organisierten Ökonomie.

5 Ressourcen und Potenziale schrumpfender Städte und Regionen

Nach dem Exkurs in die Theoriegeschichte der Zivilgesellschaft und knappen Porträts zivilgesellschaftlicher Akteure wird im Weiteren nach der mentalen Verfassung, den Ressourcen und Potenzialen ziviler Gesellschaften in schrumpfenden Städten und Regionen zu fragen sein. In den schrumpfenden Städten leben vergleichsweise weniger Menschen als zu einem vorhergehenden Zeitpunkt. Nicht die schiere Zahl birgt das soziale Problem, sondern die Verletzungen (die Unvollständigkeit) der sozialen Organisationen. Die Bleibenden können sich als lokale Zivilgesellschaft re-organisieren. Deklarieren und erneuern sie dafür ihre Mitgliedschaft in der lokalen Gesellschaft und *wollen* sie dazu gehören? Hinter

dieser Selbstdeklaration⁶ stände ein Potenzial an Engagement, das für ein zivilisiertes Leben am Ort verwendet werden könnte. Die zivilgesellschaftlichen Akteure müssen sich auf diese deklarierten Potenziale beziehen, sie aktivieren und organisieren, um damit Erfolge zu verzeichnen. In schrumpfenden Städten wird sich dieses Engagement deutlicher als heute auf die haushälterische Sicherung des Alltagslebens beziehen. Das erscheint oberflächlich betrachtet wenig spektakulär und berichtenswert, trüge jedoch zur Normalität in der Stadt, zur Übersichtlichkeit und zur Lebensqualität der Anwesenden bei.

Es steht weiterhin das tradierte Wissen in der Stadt zur Verfügung, das von deren eigener Kultivierung und Zivilisierung in vorangegangenen Zeiten sowie von widrigen oder förderlichen Umständen berichtet. Dieses Wissen kann institutionell durch Bibliotheken, Schulen, Museen, Vereine, Kirchen u.ä. Organisationen weiter vermittelt und wirkungsvoll in informellen und intimen Kommunikationszusammenhängen weitergegeben werden, wie das Familien, Freundschaften, Nachbarschaften u.ä. Zusammenhänge sind. Auf diese Wissensbestände können sich die präsenten zivilgesellschaftlichen Akteure als Ressourcen beziehen. In den Organisationsgeschichten von Unternehmen stößt man auf diese Zusammenhänge, die in diesem Umfeld als ‚glückliche Umstände‘ gedeutet werden. Man kann sie aber auch als Vorleistungen der Zivilgesellschaften für die differenziertere Entwicklung von Gesellschaft verstehen.

Die baulich-räumlichen Anlagen der Stadt, die Artefakte, die vorangegangene Stadtbewohner hinterlassen haben, bleiben als ein weiteres Potenzial. Als Denkmale bewahren sie die kulturellen Programme, die die Intentionen der Vornutzer präsentieren können. Diese Programme behalten ihre initialen Wirkungen, solange jemand darüber nachdenkt. Persistenz geht nicht nur von der Materialität der Hinterlassenschaft aus, sondern von ihrer Intentionalität. Sie provoziert eine neuerliche Nutzung durch die Nachfolger bzw. Nachnutzer, die dafür ähnliche oder auch andere Intentionen entwickeln können.

Ähnlich wie die Baudenkmale können soziale Strukturen eine Persistenz aufweisen. Als soziale Arrangements formieren sie soziale Positionen, Zuschreibungen von Funktionen an Personen, soziale Rollen, die unabhängig von der aktuellen Besetzung eine eigenständige Existenz in den Vorstellungen über die Ordnung und die Organisation des sozialen Lebens transportieren können. Sind diese Positionen zu einem aktuellen Zeitpunkt frei geworden (z.B. durch Abwanderung) und mit einem Nachfolger, einer Nachfolgerin zu besetzen, dann wirken die Arrangements appellativ. Den Appell könnte man als das kulturell eingebaute „Reparaturprogramm“ der sozialen Strukturen bezeichnen. Es drängt auf Vollständigkeit bzw. Vervollständigung. Die Organisationsgeschichten der Wassergenossenschaften verweisen deutlich auf diesen Effekt.

Wo seit einhundert Jahren Genossenschaften bestehen, werden die Positionen der Selbstverwaltung weiterhin besetzt. Die Funktionsträger sorgen sich um die Nachfolge und erziehen die Interessenten. Informiertheit und Engagement der potenziellen Nachfolger sind Wirkungen der gelingenden genossenschaftlichen Arbeit. Allerdings sei einschränkend gesagt, dass es in der Vergangenheit (in Sachsen) weit mehr Genossenschaften als heute gab. Die Geschichten der (Selbst-)Auflösung müssten zeigen, wie sich Deregulierung und

6 In modernen, freiheitlich-demokratischen und mobilen Gesellschaften kommt der Selbstdeklaration des eigenen Status eine ständig wachsende Bedeutung zu. John F. Kennedys Satz „Ich bin ein Berliner“, den er anlässlich seines Berlinbesuches 1963 in der „Frontstadt“ Berlin-West ausgesprochen hat, ist vom Publikum in diesem Sinne verstanden und begeistert aufgenommen worden.

Erosion der zivilgesellschaftlichen Organisationen im konkreten Fall als Pfadentwicklung des Scheiterns ebenfalls durchsetzen können.

Last but not least sind es die Neankömmlinge in den lokalen Gesellschaften, die eine Bereicherung der Zivilgesellschaft sind. Die Neuen können Zugewanderte oder Hineingeborene sein. Innovation verbindet sich mit Neuem. Jedes neue Mitglied wird sich positionieren und bringt so etwas Anderes als Veränderung und Initiative mit. In schrumpfenden Städten sind derlei Beiträge seltener und darum umso wertvoller. Sie können in den lokalen Gesellschaften pfleglich behandelt werden, wenn sie in der Haltung der Offenheit und Integrationswilligkeit als Potenziale gedeutet werden können. Ob das so sein wird, steht zur Disposition. Ressourcenknappheit führt nachweislich oft auch zu Konkurrenzen und Schließungen gegenüber weiteren Anwärtern. In schrumpfenden Städten wird die geistige Verfassung der lokalen Gesellschaft umso wichtiger, denn die Mentalität der Bleibenden (möglichst nicht der Zurückbleibenden) entscheidet über den Pfad der Entwicklung der Zivilgesellschaft am Ort.

Literatur

- Ahrendt, Hannah, 1967: *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München: Piper.
- Benke, Carsten, 2005: *Historische Schrumpfungsprozesse: Urbane Krisen und städtische Selbstbehauptung in der Geschichte*. In: Gestring, Norbert; Glasauer, Herbert; Hanemann, Christine; Petrowsky, Werner; Pohlan, Jörg (Hrsg.): *Jahrbuch StadtRegion 2004/2005. Schwerpunkt: Schrumpfende Städte*. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 49-70.
- Beyme, Klaus von, 2000: *Zivilgesellschaft – Karriere und Leistung eines Modebegriffs*. In: Hildermeier, Manfred; Kocka, Jürgen; Conrad, Christoph (Hrsg.): *Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen*. Frankfurt/New York: Campus.
- Biesecker, Adelheid; Elsner, Wolfram; Grenzdörffer, Klaus (Hrsg.), 1998: *Ökonomie der Betroffenen und Mitwirkenden: Erweiterte Stakeholder-Prozesse*. Pfaffenweiler: Centaurus Verlag.
- Glatzer, Wolfgang, 1994: *Haushalten und Gesellschaft*. In: Richarz, Irmintraut (Hrsg.): *Haushalten in Geschichte und Gegenwart*. Göttingen: Vandenberg&Ruprecht.
- Hildermeier, Manfred; Kocka, Jürgen; Conrad, Christoph (Hrsg.), 2000: *Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen*. Frankfurt/New York: Campus.
- Jahoda, Marie; Lazarsfeld, Paul; Zeisel, Hans, 1975: *Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kassner, Jens; Weiske, Christine, 2004: *Reformarchitektur in Chemnitz. Ein Architekturführer durch die Sozial- und Baugeschichte der Stadt*. Chemnitz: edition vollbart.
- Kebir, Sabine, 1991: *GRAMSCI'S Zivilgesellschaft. Alltag Ökonomie Kultur Politik*. Hamburg: VSA-Verlag.
- Kocka, Jürgen, 2000: *Zivilgesellschaft als historisches Problem und Versprechen*. In: Hildermeier, Manfred; Kocka, Jürgen; Conrad, Christoph (Hrsg.): *Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen*. Frankfurt/New York: Campus, S. 13-39.

- König, René, 1958: Grundformen der Gesellschaft: Die Gemeinde. Hamburg. Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Matthiessen, Ulf (Hrsg.), 2004: Stadtregion und Wissen : Analysen und Plädoyers für eine wissensbasierte Stadtpolitik. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pleister, Christopher (Hrsg.), 2001: Genossenschaften zwischen Idee und Markt. Ein Unternehmenskonzept für die Zukunft. Frankfurt/New York: Campus.
- Schmitt, Jürgen, 2004: „Wer plant hier für wen ...?“ Feldforschung in der Interaktionsgemeinde eines ostdeutschen Prozesses der Stadtteilarbeit. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schwinn, Thomas, 2006: Konvergenz, Divergenz oder Hybridisierung? Voraussetzung und Erscheinungsformen von Weltkultur. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie, Jg. 58, Heft 2, S. 201-232.
- Vogt, Ludgera, 2005: Das Kapital der Bürger. Theorie und Praxis zivilgesellschaftlichen Engagements. Frankfurt am Main: Campus.
- Weichhart, Peter; Weiske, Christine; Werlen, Benno, 2006: Place Identity und Images. Das Beispiel Eisenhüttenstadt. Abhandlungen zur Geographie und Regionalforschung. Band 9., Wien: Institut für Geographie und Regionalforschung.
- Wehrich, Margit; Voß, Gerd-Günter (Hrsg.), 2002: Tag für Tag. Alltag als Problem - Lebensführung als Lösung? München u.a.: R.Hampp-Verlag.
- Weiske, Christine; Schmitt, Jürgen, 2000: Metamorphosen der Stadt: Cities on the Move. Thesen zur Diskussion um das städtische Wachstum. In: RaumPlanung91, S. 61-163.
- Wex, Thomas, 2004: Der Nonprofit-Sektor der Organisationsgesellschaft. Wiesbaden: Dt. Uni-Verlag.
- Wollmann, Hellmut, 2004: Die Bürgergemeinde – ihr Doppelcharakter als politische Kommune und (zivil-)gesellschaftliche Gemeinde. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, S. 23-43.

Prof. Dr. Christine Weiske
Technische Universität Chemnitz
Institut für Soziologie
D - 09102 Chemnitz
E-Mail: christine.weiske@phil.tu-chemnitz.de

Christine Weiske ist Universitäts-Professorin im Institut für Soziologie der Technischen Universität Chemnitz. Arbeitsschwerpunkte sind: Soziologie des Raumes und Sozialraumanalysen; Stadtentwicklung, Stadterneuerung und Partizipation; Soziologie und Geschichte des Wohnens.